

Flüchtlingswelle in Westberlin

Autor(en): **Frei, Otto**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Das Schweizerische Rote Kreuz**

Band (Jahr): **61 (1952)**

Heft 6

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-548220>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

fehl, belasten diese Gruppe zunehmend, wenn nicht Abhilfe durch Sondermassnahmen in Zusammenarbeit mit dem westdeutschen Bund geschaffen werden kann. Die seelische Not dieser abgewiesenen Ostzonen-Flüchtlinge ist besonders gross. 1945/1946 waren die Flüchtlinge gezwungen worden, ihre Heimat zu verlassen. Die Entscheidung lag nicht bei ihnen, sie wurden einfach dazu gezwungen. Die Ostzonen-Flüchtlinge aber entscheiden sich selbst zur Flucht, nachdem sie diesen Gedanken tage-, oft wochenlang in sich herumgetragen, das Für und Wider in qualvoller Unentschiedenheit abgewogen und sich den Entscheid nach vielen schlaflosen Nächten abgerungen haben. In diesen langen Tagen in Westberlin, in diesen Tagen ohne Arbeit, ohne Aussicht, in der Kargheit der Unterbringung nehmen immer mehr die Zweifel überhand; «War es richtig, dass ich geflohen bin? Hätte ich nicht ausharren sollen? War ich wirklich so gefährdet, wie ich das angenommen hatte? Dort hatte ich doch wenigstens ein eigenes Dach über dem Kopf. Doch hätte ich es wirklich noch?» Zweifel und Reue nagen an den Flüchtlingen; sie leben in grosser seelischer Zerrissenheit. Das Problem der abgewiesenen Zugewanderten bleibt solange ungelöst, bis Wege gefunden werden, auch dieser Gruppe von

Flüchtlingen durch Weiterleitung nach Westdeutschland oder durch andere Massnahmen eine neue Lebensbasis zu geben und sie zu legalisieren.

Die jugendlichen Flüchtlinge, die einzeln über die Grenze kommen, werden in einem gesonderten Lager untergebracht; für ihre Anerkennung besteht ein Sonderverfahren. Da für sie im Westen weit bessere Arbeitsmöglichkeiten bestehen, werden sie viel weniger streng gesichtet.

Berlin ist eine verarmte Stadt mit ungeheurer sozialer Belastung. Es hat weder Hinterland noch Landwirtschaft und ist wirtschaftlich gänzlich vom Westen abhängig. Die Stadt zeigt unerschütterliche Haltung; sie setzt sich mit trockenem Humor über die nicht endenwollenden Schwierigkeiten hinweg, der bewunderungswürdig ist. Berlin kann aber mit unserer blossen Bewunderung nicht leben. Es bedarf der Hilfe, es bedarf vor allem namhafter Aufträge, um der Geldknappheit und Arbeitslosigkeit Herr zu werden. Es erwartet deshalb von der Bundesrepublik im Rahmen ihres wirtschaftlichen Hilfsprogramms mehr Aufträge für seine schwer um die Existenz ringende Wirtschaft und die Sicherstellung der Finanzierung seines Notstandsprogramms. Nur so kann es weiterleben und seine heute so wichtige Aufgabe erfüllen.

FLÜCHTLINGSWELLE IN WESTBERLIN

Ende Juli, acht Tage nach unserem Berliner Aufenthalt, erschien in der «Neuen Zürcher Zeitung» ein Telegramm ihres Berliner Korrespondenten Dr. Otto Frei, das wir als Ergänzung unseres Berichtes nachfolgend wiedergeben. Die Redaktion.

Westberlin ist kaum noch in der Lage, die Schwierigkeiten zu meistern, die sich durch den angewachsenen Flüchtlingsstrom aus der russisch besetzten Zone Deutschlands ergeben. Gestern stauten sich fast tausend Menschen vor dem Flüchtlingsamt in der Kuno-Fischer-Strasse. Das ist die grösste Zahl von Flüchtlingen, die jemals an einem Tag nach Berlin kamen. Die Situation ist so ernst, dass die Bundesregierung sich heute mit dem Berliner Flüchtlingsproblem befassen will. Vertreter des Westberliner Senats, des Bundesflüchtlingsministeriums und der Leiter des Notaufnahmeverfahrens in Berlin berieten gestern, wie die Stadt die Flüchtlinge, deren Zahl im Monat Juli gegen 10 000 angewachsen ist, aufnehmen soll. Man erwartet in Berlin, dass die Kommissionen aus den Bundesnotaufnahmелagern Giessen und Uelzen nach Berlin kommen und die hier arbeitenden Kommissionen verstärken werden.

Der Westberliner Senat hat inzwischen tatkräftig gehandelt. In aller Eile sind in Tempelhof und

Reinickendorf zwei neue Notaufnahmелager errichtet worden, und man will in den nächsten Tagen weitere Auffanglager herrichten. Die städtischen Behörden werden vom Roten Kreuz in vorbildlicher Weise unterstützt. Der Senator für Sozialwesen hat zuhanden der Bundesregierung ein Fünf-Punkte-Programm für Berlin aufgestellt, das folgende Forderungen enthält: Ein grosser Teil der Flüchtlinge soll sofort in die wenig beanspruchten Bundesnotaufnahmелager Uelzen und Giessen abgeschoben werden, da die Stadt Berlin dem Flüchtlingsstrom, der sich nach der Einführung der ostdeutschen Sperrmassnahmen praktisch nur noch auf Westberlin richtet, nicht mehr gewachsen ist. Berlin muss ferner als Aufnahmeland für politische Flüchtlinge praktisch in den Bund einbezogen werden und in den Genuss der entsprechenden Hilfeleistungen des Bundes kommen. Die Bundesregierung soll überdies einen Teil der Flüchtlinge als Umsiedler anerkennen und für die Errichtung eines zentralen Flüchtlingsauffanglagers in Westberlin zusätzlich 2,5 Millionen Mark bewilligen.